

wenn nicht Vernunft und Einsicht zurückzuführen. Jeder weitere Streit bedeutet die Vernichtung des Westens für unsere Volkswirtschaft. Jeder Schritt der rassistischen Arbeiter ist ein Schritt an der Nation. Aber kein geringeres Verbrechen ist es, wenn den Landwirten gesagt wird: Ihr könnt auch sterben. Ich muß selber die Pfeilkraft auf den Standpunkt vor der letzten Erhöhung wieder herabsetzen. Wahrscheinlich ist sogar diese vernünftige Nation nicht in jedem Falle zu sichern. Als Ersatz sollen Hilfskräfte gegeben werden. Bei den jetzigen Verhältnissen kann die Zwangswirtschaft nicht aufgegeben werden. Maßnahmen zu ihrer Aufhebung sind eingeleitet für Fleisch, Getreide und Obst, für die auch die Einfuhr freigegeben werden wird. Ebenso kommen Dörner, Sauerkraut und Salzgarbe in Betracht. Ich will präzisieren, in der Erfassung der Hilfskräfte eine Änderung in der Richtung eintreten zu lassen, daß vorwiegend nur einen Teil ersetzen, und das übrige freigegeben, vielleicht auch bei Getreide und Obst, bei und für Zucker, unter Umständen auch für Eier und für Jucker nach Sicherstellung des Verbrauchszweckes. Dagegen muß sich mit offener Entschiedenheit die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide ablehnen, ebenso für Fleisch, Butter, Milch und Kartoffeln. Aber schon heute erkläre ich, wenn bei der Freigabe bestimmter Artikel die planlose Preissteigerung und die kaputtlose Ausnutzung der Konsumkräfte fortwähren sollten, so werde ich zu den Höchstpreisen zurückkehren und mit aller Entschiedenheit für ihre Durchsetzung sorgen. Wir werden natürlich alles tun und fördern, was geeignet ist, die Produktion zu erhöhen. Ich behaupte, daß besonders unsere jungen Leute nicht aus Land hinausbringen sind. In der Frage der Düngeartikel sind leider unsere Hoffnungen auf eine ausreichende Erzeugung durch die 14-jährigen Streiks in der Stickstoffindustrie vernichtet. Unsere Lebensmittelversorgung in diesem Jahre steht also auf sehr unsicherer Grundlage. Nur eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung im Innern und eine menschenwürdige Einwirkung unserer Gegner kann uns retten. Landwirtschaftssekretär Adler v. Braun gibt einen eingehenden Bericht über die Ernährungsvorstellungen in Spanien. Er rät den Völkern nur als eine Maßnahme der akuten Vertreibung aufzugeben, sich bei ihren Regierungen neue Informationen zu holen. Unsere Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Neue Verhandlungen werden kommen und auf die Dauer wird sich die Welt den Versprechungen, die die Deutschland gegenüber hat, nicht entziehen können. Abg. Schiele (Reichstagsrat) erstattet einen Bericht des Reichstages für Volkswirtschaft über eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte und zur Förderung der dringlichsten Arbeiten in der Landwirtschaft. Abg. v. Baum (Centr.): Ich kann wohl für alle meine Berufsgenossen sprechen, wenn ich sage, daß wir Landwirte unter keinen Umständen treten werden. Je mehr wir in der Lage sind, zum freien Handel überzugehen, umso mehr wird der Schleichhandel aufzuheben. Die Staatstaxen sind sehr zur Gefährdung unseres Ernährungswesens beizutragen. In wie fern sie den Landwirten schaden, ist durch die Erfahrung zu beweisen, wenn unter dem Druck der Hungersnot die Volkswirtschaft die Grenze überläßt. Abg. Lur (Unabh.): Wir brauchen heute auf allen Gebieten die Zwangswirtschaft und Nationalisierung mehr noch als während des Krieges. Wenn die Landwirtschaft gelindert soll, müssen für Wirtschaftskräfte zugeführt werden, die zum Landbau geeignet sind. Auch ohne die Zirkulation vor uns nicht bis zur nächsten Ernte ernähren können. Ohne Hilfe vom Auslande können wir nicht durchkommen. Sonst müssen wir an die Arbeiterkraft in allen Ländern appellieren, damit das deutsche Volk nicht verhungert. Reichstagsrat Dr. David: Gegenüber dem Vorwurf, die Regierung sei mit sozialen Konzessionen zu spät gekommen, verweise ich darauf, daß die Regierung selber mit Geldentwürfen hätte kommen können, wenn die Ursachen im Lande ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch genommen hätten. Wenn der Streit sich gegen das Leben der Gesamtheit wendet, muß jeder verständliche Arbeiter einsehen, daß der Streit ein Verbrechen ist. Daß die Arbeiter nun endlich zur Arbeit zurückkehren, das ist das einzige Mittel, um uns aus der Not herauszubringen. (Schluß folgt.)

Sitzung der Sächsischen Volkskammer.

Auf der Tagesordnung der gestrigen nachmittags 4.10 Uhr beginnenden Sitzung steht die Interpellation Dr. Engelmann (D. N.) und Gen. über die wirtschaftliche Notlage des gesamten gewerblichen Mittelstandes. Zur Begründung der Interpellation schied Dr. Engelmann die Notlage des gewerblichen Mittelstandes und macht Vorschläge zur Abhilfe derselben (Bildung einer Zentralstelle des sächsischen Handwerks, Aufhebung des Berufsstandes, Beschaffung von Hochlohn, Vertilgung von Ausländern usw.). Darauf beantwortet die Interpellation als Regierungsvorredner Geh. Rat Dr. Lehmann und führt aus, daß die Regierung die Bedeutung und Wichtigkeit des gewerblichen Mittelstandes anerkenne und sich bereit erkläre, diesem Stande soweit als möglich zu helfen. Abg. Wastan (Soz.) macht längere Ausführungen im Sinne der allgemeinen Sozialisierung. Abg. Klab (Dem.) schlägt einen Darlehensfonds vor, bei dem der Staat die Bürgschaft zur Hälfte übernehmen soll, und bittet um Auflösung der Kreisgesellschaften, während Abg. Fleißner (Unabh.) von einer Notlage des gesamten gewerblichen Mittelstandes nichts wissen will, da weite Kreise des Mittelstandes Kriegsgewinne gemacht hätten. Er hält es für nutzlos weiterzuschreiben, über derartige Fragen zu verhandeln. Abg. Biker (D. N.) bezeichnet den Mittelstand als geborenen Arbeiter- und Angestelltenstand, der Hilfe dringend benötige. Abg. Wähler (D. N.) wendet sich gegen die Ausführungen von Abg. Fleißner und bittet, bei Vorgehung von öffentlichen Aufträgen um Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer und der durch den Krieg Geschädigten. Nachdem noch Vizepräsident Dr. Dietel (Dem.) die Wichtigkeit der Abnahme der Steuern der Regierung beabsichtigten Notstandsarbeiten mit Rücksicht auf die hohen Hochlohnpreise und hohen Arbeitslöhne bezeugt hat und hierauf Geh. Rat Dr. Lehmann erwiderte, sowie Abg. Scharfand (Dem.) in der Interpellation nur eine augenblickliche Hilfe für den gewerblichen Mittelstand sieht, wird die Sitzung 7 Uhr abends geschlossen. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 11. März nachmittags 1 Uhr statt.

Zur Lage.

Die Verhandlungen über den Vorfrieden. Aus Berlin wird gemeldet: In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen sind gestern vormittag unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen Graf von Helldorf eine Vollziehung der Vertreter der verschiedenen an den Friedensverhandlungen beteiligten Reichsbehörden, sowie der zahlreichen, von den einzelnen Interessentenverbänden vorgeschlagenen Sachverständigen statt. Insgesamt waren etwa 90 Personen anwesend. Der Reichsminister wird in einer einleitenden Ansprache darauf hin, daß den vorliegenden Vorfriedensrichtlinien zufolge am 20. d. M. endlich mit dem Beginn der Verhandlungen für den Abschluß des Vorfriedens gerechnet werden dürfte. Es sei daher angezeigt, in dieser Woche in gemeinsamen Sitzungen das von den verschiedenen Reichsämtern für die Verhandlungen gelieferte umfangreiche Material noch einmal durchzusprechen und über die den deutschen Unterhändlern zu erteilenden Instruktionen völlige Klarheit zu schaffen. Diesem erhaltete der mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen beauftragte Vizekanzler Graf Bernstorff einen allgemeinen Bericht über die Stellungnahme

Deutschlands zu den bei den Verhandlungen zu erwartenden politischen und territorialen Fragen, während Geh. Legationsrat Schmidt und Ministerialdirektor Simons entsprechende Berichte über die bei den Friedensverhandlungen zu lösenden handelspolitischen und völkerrechtlichen Probleme erstatteten. Daran schloß sich eine einanderbezügliche Diskussion.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Aus Weimar wird gemeldet: Sofern die Transportverhältnisse durch Aufruf nicht völlig in Verwirrung geraten, sobald die Verteilung der Vorräte überhaupt in Frage gestellt wird, nimmt man an, daß die deutschen Vorräte an Getreide zur Not noch bis zum Juni und die Kartoffeln bis zum Mai reichen könnten. — Wismar erklärte in einer Unterredung, Deutschlands Verproviantierung werde sofort beginnen, sobald die deutsche Handelsflotte ausgeliefert sei. Ueber die Lieferung der notwendigen Rohstoffe seien bereits mit Firmen Abschlüsse gemacht worden. — Die ersten versprochenen 250 Tonnen amerikanischen Schweinefleisches sind, wie der D. N. J. und Thron gemeldet wird, der Stadt Danzig bereits zur Verfügung gestellt. Die Bürgerwehrwache am Freihaus erhielt von den Amerikanern außerdem 8 Pfund Mehl und 2 Pfund Schmalz als persönliche Anwendung. Diese haben ferner für die ganze Bürgerwehr je 10 Pfund Mehl und 2 Pfund Schmalz zugekauft. — Die Volk. Sig. teilt ein Telegramm des Pariser amerikanischen Pressesekretärs mit, nach dem im Februar 1919 George ein Telegramm von General Sumner, Befehlshaber im englischen Besatzungsgebiet links vom Rheine, erhalten hätte, laut dessen die englischen Soldaten eher reaktivieren würden, als noch länger Frauen und Kinder auf den Straßen deutscher Städte umkommen zu sehen. Daraufhin hat man sich im Sehnerrat und im obersten wirtschaftlichen Ausschuss darüber verständigt, daß die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland gegen Beschaffung sofort beginnen soll, falls Deutschland keine Handelsflotte auslieferen, die amerikanische und andere Truppen monatlich 70000 Mann heimzuführen und dafür Rohstoffe monatlich nach Europa bringen sollten. Clemenceau habe die volle Beteiligung der Franzosen angeordnet. — Ein von der Hamburger Seewarte aufgenommener amerikanischer Dampfer aus Paris besaß, daß Deutschland, falls es keine Handelsflotte auslieferen, sofort 200000 Tonnen Lebensmittel monatlich erhalten sollte.

Die Menschenopfer des Weltkrieges. Nach einem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls nach an das Kriegsdepartement belaufen sich die Verluste an Toten während des Weltkrieges auf 785000 Menschen. Davon entfielen auf Deutschland 1100000 Mann, auf Frankreich 1305000, auf England 708000, auf Italien 400000 und auf die Vereinigten Staaten 500000 Mann.

Englisch-amerikanische Schlägereien. Neuer meldet aus London: Nachdem die britischen Soldaten amerikanische Matrosen wegen öffentlichen Spiels verhaftet hatten, griff eine aus amerikanischen Soldaten aufgenommene Menge dreimal die Polizeistation von Bowditch an und verurteilte hier den Eintritt zu erzwingen, wurde jedoch von den Soldaten, die mit Knütteln angriffen, zurückgeschoben. Unter den Verletzten befinden sich 2 amerikanische Militärschüler, die in der Ordnung wiederbehalten, da die englischen Soldaten ihren Rang und ihre Absicht verkannt haben. Die amerikanischen Behörden legten eine Untersuchungskommission ein.

Verliches und Sächsisches.

Niesitz, den 11. März 1919.

* Niesitz Bank. Dem fochten erschienenen 15. Jahresbericht der Niesitz Bank, welcher an der Kasse dieser Gesellschaft den Interessenten kostenlos zur Verfügung steht, ist zu entnehmen, daß im verflochtenen Geschäftsjahre einschließlich M. 57.494.— (Vortrag M. 57.237.—) ein Ueberschuß von M. 354.018.— (M. 325.792.—) erzielt wurde. Nach Abzug der Verluste von M. 80.811.— (M. 54.178.—) sowie nach M. 31.545.— (M. 6.000.—) Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von M. 214.165.— (M. 208.376.—), aus welchem 8% (8%) auf 1 1/2 Millionen Aktienkapital verteilt, der Kriegsteuer-Rücklage M. 18.000.— (M. 19.000.—), der gesetzlichen Rücklage M. 15.000.— (M. 10.000.—), der Defizit-Rücklage M. 25.000.— (M. 25.000.—), der Beamten-Unterstützung-Rücklage M. 4.000.— (M. 2.000.—) und dem Vortrag M. 492.— (M. 257.—) zugeführt werden sollen. Die gesetzliche Rücklage beträgt dann M. 365.000.— (M. 350.000.—), die Defizit-Rücklage M. 275.000.— (M. 250.000.—), die Beamten-Unterstützung-Rücklage M. 35.700.— (M. 30.200.—) und der Vortrag M. 57.986.— (M. 57.494.—). In dem Abschluß erscheinen Guthaben der Kundhaft in laufender Rechnung mit M. 4.685.848.— (M. 4.175.511.—), Einlagen auf Kündigung mit M. 11.404.091.— (M. 7.311.977.—), Scheckeinlagen mit M. 1.715.390.— (M. 1.309.129.—), Bürgschaftsverpflichtungen mit M. 117.000.— (M. 176.750.—). Unter Vermögen werden Kasse und Guthaben mit M. 429.810.— (M. 99.826.—), Kassenstände mit M. 5.128.589.— (M. 4.434.445.—), Wertpapiere mit M. 1.207.309.— (M. 1.359.301.—), Wechsel mit M. 12.614.592.— (M. 8.488.921.—) ausgewiesen. Der Gesamtumsatz belief sich auf 595 Millionen (337 Millionen).

* Vortragsabend. Die Hausvatervereinerung der ev.-luth. Kirchengemeinde veranstaltete am Freitag in der „Gäberralle“ einen öffentlichen Vortragabend, in dem Herr Sax, Niesitz, Großhau, über „Das Kreuz — was es uns sagt“ sprach. Auf die Veranstaltung sei hiermit besonders hingewiesen.

* Theater. Auf die morgen, Mittwoch, im „Stern“ stattfindende Aufführung des Stückes „Heideröser“ sei nochmals hingewiesen. Mit Direktor Fendts kommen mehrere bekannte Darsteller vom früheren Theater der Feldgraben.

* Opern- und Singspiele. Auf die morgen abend im Höpners Theater stattfindende Opern-Vorstellung „Der Troubadour“ durch das Opern-Ensemble des Altenburger Landes-Theater sei hierdurch nochmals aufmerksam gemacht.

* Räumliche Schaubühne. Daß man im Spielplan der Räumlichen Schaubühne dem wohl an die 50 bis 60 Jahre alten Zweifler „Die Hochzeit“ von Robert Benedix begegnete, mußte verwundern. Erwartet man schon an und für sich von einem Singspiel-Ensemble etwas Neues, so erst recht von dem Unternehmen des Räumlichen Hilfsbundes. Aber wenn zwei das selbe tun, so ist es schließlich doch nicht das selbe. Und so fand man auch an der gestrigen von Neu vorgenommenen „Ausgrabung“ weit größeren Gefallen, als es sonst wohl der Fall gewesen wäre. Jedenfalls hatte das Ensemble mit dem verstaubten Zweifler mehr Glück bei den Zuschauern, als der unbedeutende Professor Lambert (Maginus) mit seinen vermoderten Gelehrten des Altertums bei seiner Lebensfrage jungen Frau (Franziska) (Hilpert). Neben Neu, der den verdienten Professor angezogen hat, und Franziska (Hilpert), die sehr geschickt und vollkommen lebenswirdig den „Kampf“ mit den alten Römern bestand, traten in dem vortrefflich abgerundeten Gesamtspiel Carl Zimmermann den unschuldsvollen Julius Edmund, Robert Zimmermann den weidlichen Eitelstiller, Dahneporn und Gertrud Walter die Kammerjungfer Guise sehr lustig dar. Das Publikum, das an dem Stück und an dem bei aller Munterkeit doch vornehmen und lebenswirdigen Spiel seine helle Freude hatte, sagte nicht mit Weißal und rief die Darsteller am Schluß des zweiten Aktes mehrere Male hervor. — Der folgende einaktige Schwank „Ein Kulturakt“ von Adolph Hofe wirkte nach dem harmlosen Werkchen des seligen Benedix, das die Erziehung mehr in eine innerliche Heterie einspann, wie eine kalte Dusche. Doch wurde auch diese Komödie drastischen Humors gern entgegengenommen. Maginus (Hilpert) in der Titelrolle

arbeitete die Szene so grotesk heraus, daß oft laute Gelächersausbrüche des Publikums erfolgte. Auch hier hätten sich die übrigen Mitwirkenden, Anna Tetzendorf als junge Frau und Carl (Hilpert) als Dienstmädchen, nortrefflich in das Zusammenspiel ein. In dem Erfolge des Abends trug wiederum die geschmackvolle Bühnenausstattung nicht unwesentlich bei. Leider war der Besuch aus gestern wieder über alles Erwartung schwach. Heute, Dienstag, findet die letzte Vorstellung statt; möchte ihr ein volles Haus zu teil werden.

* Kohlen, Risse und Eier für Sachsen. Eine kleine Besserung im wirtschaftlichen Leben Sachsens steht in naher Aussicht. Wie aus sächsischer Quelle verlautet, ist bei der sächsischen Kohlenauslieferung in Dresden am Sonntagabend die telegraphische Nachricht aus Prag an die Regierung gelangt, daß mit dem 9. März d. M. die Einfuhr böhmischer Kohlen nach Sachsen wieder ausgenommen wird, allerdings nur ein Fünftel der früheren Lieferung. Des weiteren ist ein neues Abkommen mit Polen getroffen worden, demzufolge wir im Austausch für Kohlen Risse und Eier bekommen.

* Zur Mädchenfrage in Niesitz. Mit der Bitte um Aufnahme schreibt man uns: Oben 1919 ist in Niesitz die allgemeine Volksschule eingeführt. Das wird sich wahrscheinlich folgendermaßen gestalten. Wie neuere Erfahrungen zeigen werden dem Kind nach ohne Rücksicht auf den Stand der Eltern in die einzelnen Klassen verteilt und erhalten in gleicher Stundenzahl nach dem gleichen Lehrplan Unterricht. Vom 5. Schuljahr ab tritt eine Trennung nach der Beschäftigung ein. Die unfähigsten Kinder aus allen Klassen des 4. Schuljahres werden zu einer Klasse vereinigt, in der auch eine fremde Sprache gelehrt wird. Soweit wäre die Neuordnung durchaus zu begrüßen. Man plant aber gleichzeitig den Abzug der höheren Mädchenschule und will bereits Oben 1919 die fünfte Klasse (4. Schuljahr) nicht mehr fortführen. In der höheren Abteilung wurden die Kinder nach dem Lehrplan der höheren Mädchenschule im Sinne des Gesetzes vom Jahr 1910 bis zum Schluß des 8. Schuljahres unterrichtet. Daher konnten die Abgehenden ohne große Schwierigkeit in das 9. Schuljahr einer höheren Mädchenschule oder in die entsprechende Klasse einer Realschule übergehen und damit die Vorbildung erwerben, die für die Ausübung zahlreicher Frauenberufe Voraussetzung ist. Von der geplanten Sprachklasse aus ist vorläufig der Uebergang weder in die höhere Mädchenschule noch in die Realschule möglich. Man will also den Niesitzer Mädchen die bisher bestehende Ausbildungsmöglichkeit nehmen und somit einen Rückschritt in unserm Schulwesen vollziehen, der allein die Mädchen trifft. In gleicher Zeit errichtet man nämlich für Knaben eine Oberrealschule mit 2 nebeneinanderliegenden Klassen und verbessert damit unter ganz erheblichen Geldopfern die Ausbildungsmöglichkeit der Knaben. So soll in Niesitz die Theorie von der Gleichberechtigung der Frau in die Praxis umgesetzt werden. Vor den Vätern klänge es freilich anders! Da steht es: Mitarbeit der Frau in allen sozialen Berufen, in den Parlamenten, in allen Zweigen der Verwaltung, die für Frauen besonders geeignet sind. Welche Ausbildungsmöglichkeit für alle Unbefähigten. Freie Bahn dem Tüchtigen! In Niesitz hat man das wahrscheinlich schon wieder verstanden! Man will ja den unfähigsten Mädchen die freie Bahn sperren und ihnen eine Ausbildungsmöglichkeit nehmen, deren Ausübung an obiger Mitarbeit unbedingt nötig ist. Welche der beiden im Stadtverordnetenkollegium sitzenden Parteien wird den Rückschritt befechtigen? — Von den sächsischen Adressaten müssen wir Frauen fordern: Die höhere Abteilung unserer Mädchenschule bleibt vom 4. Schuljahr ab solange bestehen, bis das Mädchenbildungswesen auf eine solche Grundlage gestellt worden ist, daß auch aus der Sprachklasse ein Uebergang auf die höhere Mädchenschule möglich ist. Eine Ständeschule, wie bisher, ist ja die höhere Abteilung nicht mehr; denn da kein Schulgeld mehr erhoben werden soll, können die unfähigsten Mädchen aller Stände sie besuchen, auch solche aus den Kreisen der Arbeiter, der Unterbeamten, der Handwerker und Geschäftleute, überhaupt aller derer, die das hohe Schulgeld absteht, ihren Mädchen eine bessere Ausbildung zu gewähren und ihnen damit den Aufstieg zu den besser bezahlten Berufen zu ermöglichen. Würde man grundsätzlich zur Abweisung obiger Forderung kommen, so müßten, um die jetzt über alle betonte Gleichberechtigung zu wahren, die unfähigsten Mädchen die Oberrealschule bereits von Sexta an besuchen können. Im Punkt 4 des Arbeitsprogramms der neuen Regierung heißt es: Jedem Kinde muß ohne Rücksicht auf die elterlichen Vermögensverhältnisse der gleiche Zugang zur höchsten Ausbildungsmöglichkeit gemäß seiner Begabung ermöglicht werden. Das muß auch bei der Neugestaltung der Niesitzer Schulwesen Grundgesetz sein.

* Volkerverbindung mit Sibirien. Erfreulicherweise ist es gelungen, wie uns der Landesausdruck der Vereine vom Roten Kreuz in Sibirien schreibt, die über Jahr und Tag unterbrochen gewesenen Volkerverbindungen zwischen der Heimat und unseren bedauernswerten Gefangenen in Sibirien wenigstens teilweise und auf Umwegen wiederherzustellen. Die Auskünfte, Orts- und Hilfsstellen vom Roten Kreuz sind bereit, nähere Auskunft über diese Volkerverbindungen zu geben. Für den Verkehr unserer Zeitung kommen für diese Auskunftsstellen (Adressen der Adressaten) folgende Adressen in Betracht.

* Die Stutenmutter und Hohenstein im Sudbezirk Niesitz findet am 25. März, nachmittags 2 Uhr 30 Minuten statt. Es findet Prämierung der drei- und vierjährigen Fohlen statt. Die Landwirte werden gebeten, ihre Fohlen bis spätestens den 15. d. M. beim Bezirksamt anzumelden.

* Die Unabhängigen nehmen eine Beteiligung an der Regierung ab. Der Verband der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in der sächsischen Volkskammer, unterzeichnet Fleißner und Pöhlke, hat an die Kammerfraktion der sozialdemokratischen Partei in Dresden folgendes Schreiben gerichtet: Im Namen der Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei teilen wir Ihnen mit, daß untererleits eine Beteiligung an der Regierung bzw. eine Regierungsabteilung mit Vertretern der sozialdemokratischen Partei abgelehnt wird. Zur Begründung dieses Standpunktes ist kurz folgendes zu erwähnen: Auf die von uns als Voraussetzung zum Eintritt in die Regierung aufgestellten Bedingungen ist in sehr wichtigen Punkten ausbleibend, unzulässig oder direkt ablehnend beantwortet worden. Ausschlaggebend für unsere Haltung ist, daß Sie es grundsätzlich ablehnen, die K- und S-Mitglieder Träger der politischen Macht anzuerkennen. Demgegenüber müssen wir an unserer grundsätzlichen Auffassung über die K- und S-Mitglieder festhalten. Diese unsere Stellung deckt sich mit dem Beschlusse des Parteitag der U. S. P. in Berlin, der sich ausdrücklich auf dem Boden des Rätebundes gestellt hat. Zu all dem kommt, daß die sozialdemokratische Fraktion und die jetzige Regierung dem Streikrecht der Arbeiter gegenüber eine Haltung einnehmen, die, wie sich in der Volkskammerfraktion am vorigen Donnerstag zeigte, zu unserem in großem Maße gegen die Sozialdemokratie in der Volkskammerfraktion in einer Regierung nicht möglich ist. — Bildung von Bauern- und Landarbeiteräten. Das Wirtschaftsministerium veröffentlicht in der heutigen Ausgabe der Sächsischen Staatszeitung eine Verordnung über Bauern- und Landarbeiteräten, die auf Neuordnung des Reichsernährungsamtes in allen Gemeinden, in